

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. Wilsdruffer Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf.

Angelagerungspreis: Die 4. und 5. Klasse 20 Cts., die 1. und 2. Klasse 40 Cts., die 3. Klasse 30 Cts. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Wilsdruff, den 22. November 1926.

Nr. 272. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff Dresden Postfach Dresden 2640 Montag, den 22. November 1926

Del statt Kohle.

Von den volks-, vor allem aber den weltwirtschaftlichen Folgen der deutschen Erfindung, aus Kohle, und zwar aus Steinkohle, aber besser noch aus Braunkohle, jetzt ersichtliche Brennstoffe, Schmier- und Heizöle herzustellen, kann man sich vorläufig nur in großen Zügen ein Bild machen.

Setzt man den Kohlentonnenpreis mit 15 Mark an, so hat das Öl, das aus dieser Tonne Kohle gewonnen werden kann, gerade den dreifachen Wert. Welches Verfahren — es gibt deren zwei — bei der Verflüssigung der Kohle das rentablere sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Das eine aber steht fest: bei der reinen Steinkohleverbrennung war es bisher nur möglich, die Heizkraft dieses Brennstoffes zu etwa einem Viertel nutzbar zu machen; der Rest ging „zum Schornstein hinaus“. Das kann jetzt anders werden, der „Brennwert“ steigt bei Verflüssigung in Öl und entsprechender Umwandlung der Feuerungsanlage auf das Dreifache.

Unterschiede der „Sorten“ sind bei der Verflüssigung der Kohle nicht von großer Bedeutung; gerade die billigsten und schlechtesten Sorten, nämlich die Feinkohle und Kohlengrus, eignen sich am besten, weil sie sich am leichtesten verflüssigen lassen. Daß die Braunkohle sich sogar noch besser eignet, hat gleichfalls allererste volkswirtschaftliche Bedeutung, da das Vorkommen dieses Rohstoffes besonders in die Norddeutsche Tiefebene fällt; während z. B. England darin sehr benachteiligt ist. Aus allem ergibt sich eine gewaltige Wertsteigerung der deutschen Gesamtkohlenmenge, wenn die Arbeit, die mit ihnen geleistet wird, auf das Dreifache gesteigert wird.

Blumenwirtschaftlich hat aber die neue Entdeckung auch sehr erhebliche Folgewirkungen nach der Transportseite hin. Die Kohle ist ein „sperriger“ Rohstoff, d. h. die Transportkosten stehen in keinem guten, also billigen Verhältnis zum Wert der Wagenladung. Bekanntlich konnte der deutsche Kohle die englische Kohle eine so erfolgreiche Konkurrenz machen, weil der Seetransport von England nach Hamburg weit billiger ist als aus dem deutschen Kohlenrevier. Tritt nun das Öl als aus dem deutschen „sperrigen“ Transportgutes, so verschiebt sich die Kostenfrage radikal, weil sie dann überhaupt kaum noch eine Rolle spielt angesichts der Hochwertigkeit des transportierten Gutes; bei geschickter Anlage der neuen Fabriken für Ölherstellung werden sie sich noch weiter herunterdrücken lassen. Außenwirtschaftlich ist daran zu denken, daß die Kohle — neben dem Kali — der einzige Rohstoff ist, den wir in so nennenswerten Mengen besitzen, daß wir ihn ausführen können. Vor dem Kriege haben wir darin ja auch England überholt, dem wir noch jetzt in der betriebstechnischen Ausgestaltung der Kohlenförderung weit überlegen sind. Jetzt sieht sich fast dieses „sperrige“ Ausfuhrprodukt als leicht transportierbares, aber dreifach wertvollere Fertigfabrikat, das aus diesem Rohstoff gewonnen wird, ausführen. Welche weltwirtschaftlichen Folgen das haben kann, läßt sich nicht einmal andeutungsweise wiedergeben, namentlich, da wir einen gewaltigen Vorsprung gewonnen haben.

Auf der anderen Seite sind wir Großabnehmer für alle Produkte, die aus dem ausländischen Erdöl gewonnen werden, also vor allem Petroleum, Benzin und Schmieröle. Diese lassen sich nun durch das neue Verfahren in eigenen Lande in gleicher Güte herstellen; Prof. Bergius behauptet, daß das aus der Verflüssigung der Kohle gewonnene Gasolin besser sei als das bisher erhaltene, und das Klopfen des Motors verhindert. Und dem Motor, nicht der Dampfmaschine gehört die Zukunft. Der „Kampf um das Öl“ hat ja die Politik der großen Staaten in den letzten Jahrzehnten entscheidend bestimmt, die Weltpolitik spielte sich ab auf diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund und wir hatten dabei nichts mitzureden; unsern Vorkrieg mit der Bagdadbahn in das persisch-mesopotamische Stiegebiet hinein zerschlug der Ausgang des Weltkrieges.

Jetzt haben wir mitzureden, sehr gewichtig mitzureden; freilich nicht mit Hilfe der Gewalt, sondern durch Geist und deutsches Entbedergerie. Dr. J.

Die Militärkontrolle.

Dr. Stresemann bei Hindenburg. Reichspräsident v. Hindenburg hat den Reichsaußenminister empfangen. Dr. Stresemann hielt dem Reichspräsidenten Vortrag über die schwebenden Fragen der künftigen Umgestaltung der Militärkontrolle und gab einen eingehenden Bericht über den Stand der Pariser und Berliner Besprechungen.

Die französische Regierung läßt offiziell erklären, daß sie die Forderung auf Einrichtung einer ständigen Militärkontrolle durch die Untersuchungskommission des Völkerbundes niemals erhoben habe und auch nicht erheben werde. Eine solche Forderung würde den Verträgen nicht entsprechen. Dagegen wünscht die französische Regierung, daß Mittel und Wege gefunden werden, um eine gewisse Stabilität der Militärkontrolle auch nach ihrem Übergang an den Völkerbund zu gewährleisten. Das sie unter „Stabilität“ versteht, wurde auch auf Anfrage nicht mitgeteilt.

Größere Sicherheit im Eisenbahnverkehr.

Neue Maßnahmen der Reichsbahn.

Die Reichsbahn hat die Vorarbeiten für die Einrichtungen zur Beeinflussung fahrender Züge derart gefördert, daß die Lösung des Problems der Übertragung der Signalstellung auf den fahrenden Zug unter automatischer Einwirkung auf die Bremse der Verwirklichung näherückt. Mit den Übertragungsmitteln, die den Magnetismus zur Übertragung benutzen, wurden gute Erfahrungen gemacht. Nach eingehenden Vorversuchen, verbunden mit Probefahrten zwischen Zehlendorf und Neubabelsberg, läßt die Reichsbahn längere, besonders aber nebelreiche Strecken, wie z. B. Gamm-Oberhausen (Emscheralbahn) mit derartigen Einrichtungen ausrüsten. Sollten diese Versuche einen günstigen Verlauf nehmen, so ist damit zu rechnen, daß Ende nächsten Jahres die planmäßige Ausrüstung aller Reichsbahnstrecken mit Vorrichtungen gegen das Überfahren der Haltsignale in Angriff genommen wird.

Wallraf über deutschnationale Politik.

Reichsschulgesez und Wehrhaftigkeit.

Auf dem Landesparteiitag der Deutschnationalen Volkspartei in Hesse-Nassau sprach der zweite Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Wallraf. Der Redner ging auf die Verhandlungen wegen einer Erweiterung der Regierung ein und bezweifelte es, daß diese Verhandlungen bei Wiederausammentritt des Reichstages schon einen Erfolg haben könnten. Er befahte sich eingehend mit der Frage des konfessionellen Friedens in Deutschland und meinte, daß sich der Weltfriede der Konfessionen auf die Ausbildung wichtiger Charaktere für das Leben beschränken sollte. Schon das Reichsschulgesez könne eine Belastungsprobe für die Konfessionen werden. Doch werde die Deutschnationale Volkspartei so verfahren, daß der Friede der Konfessionen gewahrt werde. Im Mittelpunkt der Betrachtungen über die Außenpolitik stand Döhrty. Weiterhin setzte sich Wallraf mit der Rede Stegerwalds in Osterfeld auseinander. Wenn das Schulgesez, wie Stegerwald gesagt hat, kein Erfaisin der deutschen Politik sein solle, so kündige sich darin auf entscheidende Weise der Wandel in der Zentrumspartei an. Wallraf kennzeichnete es als das größte Verbrechen, wenn versucht würde, dem deutschen Volke den Gedanken der Wehrhaftigkeit zu rauben.

Italiens Ausnahmegezet angenommen.

Mussolini spricht.

Der Senat in Rom hat das neue Staatsstörungsgezet mit 183 gegen 49 Stimmen angenommen. Das Gezet bestimmt die Wiedereinführung der Todesstrafe für Attentate gegen den König, Mitglieder der künftigen Kamille, den Ministerpräsidenten und schwere Justizausstrafen für alle Anschläge auf den Staat.

Grundsätzliche Bedenken gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe sind nicht erhoben worden, auch die Notwendigkeit eines Ausnahmegezetes wurde in Anbetracht der wiederholten Attentate gegen Mussolini anerkannt. Dagegen wurden schwere Bedenken erhoben gegen den Paragraphen 4, der für dieselben Justizhausstrafen vorsieht, die in irrenden Norm die auflösenden Parteien,

Verbindungen und Organisationen wieder ins Leben zu rufen suchen, für deren Theorien weiter Propaganda treiben und sich damit in einen Widerspruch zu den geltenden Gesetzen setzen. Ebenso wurden gegen die Zusammenfassung der Kriegsgerichte, die bekanntlich nur aus Mitgliedern der nationalen Miliz bestehen sollen, Bedenken erhoben. Justizminister Rocco erklärte, das Gezet sei und bleibe ein Ausnahmegezet. Diesen Charakter verdanke es aber der Unvollkommenheit der bestehenden Geseze. Die Mittel des neuen Gesezes seien Mittel des Kampfes und der Verteidigung. Sein Ziel aber sei die Wiederaufrichtung der Ordnung und der Befriedung des Landes.

Mussolini sagte dann, das außerordentliche Tribunal solle nur mit Personen besetzt werden, die von ihm, Mussolini, persönlich ausgewählt werden würden. Das Tribunal werde über jeden Verdacht erhaben sein. Es werde keine Rache üben, aber strenge Justiz walten lassen.

Englischer Kohlenstreik im Abbau.

Nur noch Diszussionsverhandlungen.

Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat den Antrag abgelehnt, den Kampf im Bergbau fortzusetzen. Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten nahm mit 502 000 gegen 286 000 Stimmen eine Einschließung an, worin allen Bezirken anempfohlen wird, unverzüglich mit den Grubenbesitzern in ihren Bezirken die Verhandlungen wegen des Abschlusses neuer Lohnverträge zu eröffnen, doch soll kein Bezirk eine endgültige Regelung annehmen, bevor nicht eine nationale Konferenz abgehalten worden ist. Damit ist der Streik als geschlossene nationale Kampfhandlung wohl zu Ende.

Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in dem einen oder anderen Bezirk der Streik noch etwas andauern wird. Am nächsten Freitag wird die Delegiertenkonferenz erneut zusammentreten, um die Berichte der einzelnen Distrikte über die Verhandlungsergebnisse entgegenzunehmen. Von dem von der Regierung vorgeschlagenen Schiedsgericht ist im Augenblick keine Rede mehr. Die Frage wird Anfang nächster Woche vom Kabinett erdriert werden. Ein Teil des Kabinetts soll der Auffassung sein, daß eine Regierungsintervention noch immer notwendig sei, damit den Bergarbeitern vernünftige Bedingungen unterbreitet würden. Andere Regierungsmitglieder sind dagegen der Auffassung, daß die Bergarbeiter, nachdem sie beschloffen haben, die Gewerkschaft als Appellationsgerichtshof einzusetzen, nicht erwarten könnten, daß die Regierung noch ein Schiedsgericht bilden werde.

Die Ergebnisse der Bergarbeiter beschloß, die Einladungen des russischen Gewerkschaftsbundes zu dem im Dezember stattfindenden russischen Gewerkschaftskongress anzunehmen und den Sekretär Cool als Gastdelegierten nach Moskau zu entsenden.

Die Bergarbeiter und Bergwerksbesitzer von Nottingham sind zu einem Abkommen gelangt, das für einen Zeitraum von fünf Jahren den 7½-Stunden-Tag und die Erhaltung eines Lohnniveaus vorsieht, in dem Arbeitnehmere und Arbeitgeber in gleicher Zahl vertreten sind. Der geringste Tageslohn soll 7 Schilling und 11 Pence betragen.

Der deutsche Sieg in Oberschlesien.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen.

Aber das Ergebnis der Gemeindevahlen in Polnisch-Oberschlesien sind von polnischer und von deutscher Seite widersprechende Nachrichten verbreitet worden. Nachdem nunmehr aus den Landgemeinden Meldungen vorliegen, stellt sich das vorläufige Gesamtergebnis folgendermaßen dar: Unbekannt ist der deutsche Sieg im gesamten Industriegebiet. In Kattowich-Stadt beträgt die deutsche Mehrheit 25 513 gegen 16 090 polnische Stimmen, in Königs- hütte 21 247 gegen 8744, in Bismarckhütte 6660 gegen 4348, in Laurahütte 9932 gegen 5485, in Chorzow 3173 gegen 1321. Im Landkreis Kattowich stehen 42 717 deutsche 38 243 polnischen Stimmen, im Kreis Schwien- toshowitz 41 493 deutsche 35 238 polnischen gegen über. Polnische Mehrheiten sind auf dem platten Lande der Kreise Rybnik und Pleß zustande gekommen. Allerdings ist hier zu beachten, daß polnischer Terror hier nicht nur, wie im ganzen Abstimmungsgebiet, die deutsche Wahlparteilagerung aufs äußerste erschwerte, sondern sogar in vielen Orten die Ausrüstung deutscher Listen unmöglich machte. Der amtliche Wahlzwang ist hier infolgedessen nur den polnischen Wählern zugut gekommen. In den ländlichen Kreisen Pleß und Rybnik stehen nach polnischen Quellen 90 000 polnische Stimmen 31 000 deutschen gegenüber. Selbst dieses Stimmverhältnis

wie bedeutet einen Rückgang der polnischen Mehrheit dieser Gebiete bei der Volksabstimmung von 1921.

Alles in allem kann das Gesamtergebnis der Abstimmung, das in der polnischen Presse Bestürzung hervorgerufen hat und das Korsantich ein Volksgericht nennt, nur als großer deutscher Erfolg bezeichnet werden. Es hat in überraschender Weise die Stärke der deutschen Minderheit und den nach wie vor überwiegenden deutschen Charakter des Industriegebietes bewiesen. Dieses Ergebnis ist doppelt hoch zu veranschlagen, wenn man bedenkt, daß bei der Volksabstimmung im Jahre 1921 noch die Auswärtigen mitstimmen durften, daß seither eine starke Verdrängung des deutschen Elements stattgefunden hat und daß die jetzigen Gemeindevahlen unter einem starken polnischen Terror gestanden haben.

Selbständigkeit der britischen Kolonien.

Ergebnisse der Reichskonferenz.

Die soeben verkündeten Beschlüsse der seit Wochen tagenden Britischen Reichskonferenz vertreiben jedem selbständigen Glied des Weltreiches volle Autonomie. Der Generalgouverneur hört auf, Vertreter der englischen Regierung zu sein und wird der Träger der Personalunion zwischen England und dem betreffenden Dominion nur als